

Niederschrift

über die Sitzung am Donnerstag, 19.01.2006 im Kreishaus Borken Kreisausschuss-Sitzungssaal (2181)

Anwesend:

Vorsitz:

Hermann Horstick Gescher

Mitglieder:

Hartmut Ahold	Bocholt	
Hubert Bestert	Südlohn	
Manfred Epping	Schöppingen	
Wolfgang Kramer	Gescher	bis 19.04 Uhr (TOP 4)
Wilhelm Kröger	Gronau	
Paul Lensing	Borken	
Elisabeth Lindenhahn	Raesfeld	
Josef Osterhues	Ahaus	bis 19.30 Uhr (TOP 5)
Markus Schulte	Gronau	
Winfried Semmelmann	Borken	
Gertrud Söbbing-Krumkamp	Ahaus	
Gerhard Temminghoff	Vreden	ab 17.17 Uhr (TOP 1)
Ludger Twents	Rhede	Vertretung für Herrn Heiko Fischer
Friedhelm Weikamp	Rhede	
Holger Weiß	Bocholt	
Ursula Zurhausen	Borken	Vertretung für Herrn Markus Jasper, bis 19.30 Uhr (TOP 5)

Vertreter/innen der Verwaltung:

Hubert Grothues	
Dr. Hermann Paßlick	
Richard Riedel	TOP 1
Peter Sonntag	
Ludger Stienen	
Paul Schmeing	
Jochen Hansens	TOP 2
Dr. Rainer Hamann	
Birgit Schwering	
Olaf Sobek	

Erledigung der Tagesordnung:

Vorsitzender Horstick eröffnet um 17:00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Erschienenen.

Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist. Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Da das Ausschuss-Mitglied Twents noch nicht als sachkundiger Bürger im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen verpflichtet wurde, nimmt Vorsitzender Horstick die Verpflichtung mit folgender Formel vor:

„Ich verpflichte mich zu einer rechtmäßigen und gewissenhaften Mitarbeit im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen. Ich werde die Anliegen des Kreises Borken und seiner Einwohner und Bürger nach bestem Wissen und Können vertreten und die Gesetze des Bundes, des Landes Nordrhein-Westfalen sowie die für den Kreis Borken geltenden Rechtsnormen beachten.“

Öffentlicher Teil

Punkt 1: Beratung des Haushaltsentwurfs 2006 für das Budget 08 - Planen, Bauen, Wohnen
Vorlage: 0006/2006

Berichterstatter:

Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Herr Grothues skizziert kurz die Aufgaben und die Struktur des Budgets 08 und bittet Herrn Riedel als zuständigen Fachbereichsleiter, die Sitzungsvorlage zu erläutern. Herr Riedel erklärt, dass das Budget 08 – Planen, Bauen, Wohnen – im Haushaltsjahr 2005 erstmals im Ausschuss für Verkehr und Bauwesen beraten worden sei und er seinerzeit ausführlicher auf die einzelnen Einnahme- und Ausgabepositionen eingegangen sei. Heute wolle er deshalb nur auf die wesentlichen Änderungen und einige steuerungsrelevante Kennzahlen eingehen. Im ersten NKF-Haushalt seien die Teilprodukte mit ihren Zielen im Übrigen anschaulich dargestellt.

Neben dieser Neuerung sei für das Jahr 2006 auch die Auflösung der Stabsstelle Planung als selbständige Organisationseinheit erwähnenswert. Nach dem altersbedingten Ausscheiden des Stabsstellenleiters, dessen Stelle nicht wiederbesetzt werde, sei die Ebene der Regionalplanung dem Fachbereich 15 (Büro des Landrats) zugeschlagen worden. Im neu strukturierten Fachbereich 63 (Planen, Bauen, Wohnen) und somit weiterhin im Budget 08 seien die Bauleitplanung der Gemeinden sowie das Raumordnungskataster verblieben. Die Unterstützung der Gemeinden bei der Bauleitplanung werde im Jahr 2007 nach der Pensionierung eines weiteren Mitarbeiters aufgegeben.

Die Höhe der Bauaufsichtsgebühren werde für 2006 mit 1,2 Mio. Euro angesetzt, nachdem das Ergebnis 2005 mit 1,1 Mio. Euro unter dem Ansatz gelegen habe. Ursache für den Rückgang der Gebühren in 2005 sei unter anderem der durch die konjunkturelle Lage bedingte Rückgang bei größeren gewerblichen Bauvorhaben sowie bei Windkraftanlagen. Für diese Sonderbauten falle eine erheblich höhere Gebühr als für „normale“ Vorhaben an. Um gegenzusteuern, sei in der Bauaufsicht eine Stelle abgebaut und im Gegenzug die Bauüberwachung intensiviert worden. Der Fachbereich 63 arbeite auch im Jahr 2006 an der Optimierung der Qualitätskennzahlen, doch auch hier seien Grenzen aufgezeigt, auf die die Mitarbeiter nur bedingt Einfluss hätten. So versuche man, die Zahl der unvollständig eingereichten Bauanträge durch gute Beratung der Antragsteller im Vorfeld gering zu halten. Die angestrebte Zahl von 45 % unvollständigen Bauanträgen in 2005 habe sich mit 53 % jedoch verschlechtert. Ein Grund sei sicherlich auch, dass durch den Wegfall der Eigenheimzulage

ab 2006 am Jahresende 2005 eine Vielzahl von anspruchssichernden Anträgen eingegangen sei, bei denen noch Unterlagen nachgereicht werden müssten. Im Übrigen habe der Kreis als Genehmigungsbehörde im sogenannten Sternverfahren, bei dem mehrere Stellen beteiligt würden, nur bedingten Einfluss auf die Bearbeitungsdauer von externen Behörden (z. B. Gemeinden, Staatliches Umweltamt, Landwirtschaftskammer, Bezirksregierung u.a.), so dass die Kennzahl der durchschnittlichen Dauer von Baugenehmigungsverfahren durchaus schwanken könne.

Herr Ahold bittet um Auskunft, wie die Verwaltung bei dieser Kennzahl gegensteuern könne. Es sei für den Außenstehenden schlecht nachzuvollziehen, weshalb die Bearbeitungszeit von 64 Tagen in 2004 auf 67 in 2005 steige und für die kommenden Jahre sogar auf 70 Tage erhöht würde. Dies stehe im Gegensatz zu den genannten Optimierungsbemühungen. Herr Riedel entgegnet, dass die Bearbeitungsdauer in strittigen Verfahren den Durchschnitt rasch nach oben drücken könne. Nicht immer seien die Stellungnahmen externer Behörden unproblematisch und führten zu einer schnellen Genehmigung. Schwierig sei insbesondere der nachbarliche Interessenausgleich. Der Fachbereich 63 habe aber das Ziel, auch schwierige Verfahren soweit möglich im Interesse der Beteiligten positiv zu beenden, das koste im Einzelfall Zeit. Die Alternative dazu wäre, in schwierigen Fällen einen Antrag im Sinne einer guten Statistik kurzfristig abzulehnen, was sicherlich von keinem gewollt sei. Herr Grothues ergänzt, dass das Baurecht allein den beteiligten Gemeinden eine zweimonatige Frist zur Stellungnahme einräume, was schon einen großen Teil der Bearbeitungszeit ausmache. Außerdem könne sich der Kreis Borken im Vergleich zu anderen Behörden, die längere Genehmigungszeiten hätten, durchaus sehen lassen.

Herr Lensing möchte wissen, ob die durchschnittliche Bearbeitungszeit signifikant weiter reduziert werden könne, etwa durch Herabsetzung der Bearbeitungsfrist für Kommunen. Darauf antwortet Herr Riedel, dass es derartige Vereinbarungen bereits gebe. Mit der durch die Geschäftsprozessoptimierung erreichten Genehmigungsdauer zwischen 60 und 70 Tagen sei aber wohl das Ende der Fahnenstange erreicht, zumindest bei dem Sternverfahren, bei dem den externen Behörden eine gewisse Zeit zur Bearbeitung und Prüfung eingeräumt werden müsse. Man dürfe aber auch nicht vergessen, dass bei Einführung der Qualitätskennzahl die Dauer von über 100 Tagen der Ausgangswert gewesen sei, den man nun über mehrere Jahre hinweg deutlich reduziert habe.

Herr Kramer fragt nach, ob sich das Lotsenprojekt im Fachbereich 63 bewährt habe und noch benötigt werde. Dies bejaht Herr Riedel. Der Lotse im Baugenehmigungsverfahren, der die Interessen des Antragstellers und der beteiligten Behörden mit dem Ziel der reibungslosen Verfahrensdurchführung bündele und die Verfahrensschritte aufeinander abstimme, habe sich etabliert. So habe beispielsweise eine Stadtlohner Firma, deren Gewerbehalle am Schneechaos-Wochenende des ersten Advents 2005 unter den Schneemassen zusammengebrochen sei, u.a. auch durch die Lotsentätigkeit innerhalb von nur zehn Tagen die Baugenehmigung für eine neue Halle erhalten.

Beschluss:

11 Ja-Stimmen
0 Nein-Stimmen
6 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2006, bezogen auf das Budget 08 – Planen, Bauen, Wohnen – wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2006 zu verabschieden.

Punkt 2: Beratung des Haushaltsentwurfs 2006 für das Budget 09 - Vermessung und Kataster
Vorlage: 0007/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Nach einer kurzen Einführung von Herrn Grothues erklärt Herr Hansens, stellvertretender Fachbereichsleiter des Fachbereiches Vermessung und Kataster, die Kernpunkte des Haushaltsentwurfs 2006 für das Budget 09. Der Haushaltsansatz für Gebühreneinnahmen sei mit 1,255 Mio. Euro ähnlich hoch wie in 2005, davon entfielen auf die Katasterinformation 1,2 Mio. Euro (aus verfahrenstechnischen Gründen von der Kämmerei aufgeteilt in die Produktgruppen 09.01.01 300.000 Euro, 09.01.02 564.000 Euro, 09.01.03 312.000 Euro und 09.01.04 24.000 Euro), auf die Geschäftsführung für Umlegungsausschüsse 10.000 Euro und auf die Geschäftsstelle des Gutachterausschusses 45.000 Euro.

Die Vermessungs- und Katastertätigkeit sei wie in den Vorjahren auch im Jahr 2006 einer technischen Fortentwicklung unterzogen. Dies spiegele sich auch in den für 2006 angepeilten Zielen wider. Die Verwaltung und Archivierung der Fortführungsrisse erfolge nunmehr digital; mit der Umstellung weiterer, zu archivierender Dokumente werde 2006 begonnen. Die Digitalisierung der Liegenschaftskarte werde im Jahr 2007 abgeschlossen. Danach würden die Liegenschaftskarte und das Automatisierte Liegenschaftsbuch zum bundesweit einheitlichen System ALKIS umgestellt, wovon man sich Synergieeffekte bei der Bearbeitung sowie eine verbesserte Kommunikation mit den Grundbuchämtern und den Nutzern der Katasterdaten verspreche. Ein weiteres Ziel sei die zum 01.01.2009 vorgeschriebene Einführung des neuen amtlichen Lagebezugssystems ETRS 89.

Herr Schulte erklärt, er entnehme der Haushaltsvorlage Personalaufwendungen von rund 4,4 Mio. Euro, er vermisse jedoch einen Hinweis auf die Personalentwicklung im Fachbereich 62. Herr Hansens erläutert die Personalsituation im Bereich Vermessung und Kataster. Zur Zeit gebe es 83 Stellen, von denen 2 Ingenieurstellen mit Abschluss der Digitalisierung abgebaut würden, eine weitere Stelle zur Erteilung von Katasterunterlagen werde folgen. Nach der Umstellung auf das System ALKIS ca. im Jahr 2012 würden weitere Stellenreduzierung erfolgen können.

Vorsitzender Horstick begrüßt die Entwicklung bei der Ausschussarbeit im Hinblick auf die Erweiterung des Themenfeldes um die Bereiche Vermessung und Kataster. Er erinnere sich noch an frühere Zeiten, in denen im Kreistag nicht oder nur vage habe nachvollzogen werden können, worin die Tätigkeit des Vermessungs- und Katasterwesens bestehe. Heute sei eine deutlich bessere Transparenz gegeben, der den Ausschussmitgliedern einen besseren Einblick verschaffe. Insoweit sei man auf einem guten Weg.

Beschluss:

- 11 Ja-Stimmen
- 0 Nein-Stimmen
- 6 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2006, bezogen auf das Budget 09 – Vermessung und Kataster – wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2006 zu verabschieden.

Punkt 3: Straßenbericht mit Straßenbauprogramm 2006 und Hochbauprogramm 2006
Vorlage: 0009/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Grothues

Herr Sonntag und Herr Schmeing stellen anhand einer Power-Point-Präsentation, deren Folien als Anlage zur Niederschrift beigefügt sind, den Straßenbericht 2006 sowie das Hochbauprogramm 2006 vor. In der anschließenden Diskussion unterstreicht Herr Sonntag auf Nachfrage von Herrn Schulte und Herrn Temminghoff, dass aufgrund der Einführung der doppelten Buchführung der Deckenbau nicht mehr wie bisher als Investition in das Straßenvermögen angesehen werden könne, sondern als Unterhaltungsaufwand verbucht werden müsse. Es sei vorstellbar, in den kommenden Jahren schrittweise die Finanzmittel für den Deckenbau von der Investition (Finanzrechnung) in die Unterhaltung (Ergebnisrechnung) und somit die Kreisumlage direkt beeinflussend umzudeklarieren. Auch müsse man sich an neue Begriffe gewöhnen. Was bisher als Unterhaltung bezeichnet worden sei, solle künftig treffender Bewirtschaftung genannt werden, weil sowohl im Straßenbau wie auch im Hochbau eine Sanierungsmaßnahme nicht mehr dem investiven Bereich zugeordnet werden dürfe.

Herr Lensing erkundigt sich im Hinblick auf die Kostensteigerung durch den massiven Wintereinbruch am ersten Advent 2005, ob sich das bestehende Winterdienstkonzept bewährt habe oder die Verwaltung über Veränderungen, etwa mehr Winterdienstgeräte, nachdenke. Herr Sonntag antwortet, dass das Chaoswochenende am ersten Advent von den Bauhofmitarbeitern routiniert abgearbeitet worden sei. Dieses Wochenende sei gleichsam ein Härtetest für den verbliebenen Bauhof in Borken gewesen, ob der Flächenkreis Borken auch nach Aufgabe des Nordstandortes Ahaus winterdienstmäßig gut abgedeckt werde. Dabei habe es sich als günstig erwiesen, das Salzlager am ehemaligen Bauhof Ahaus beizubehalten. Diese Infrastruktur habe sich in der Situation bewährt.

Herr Schulte fragt in dem Zusammenhang, ob der Winterdienst für den Kreis Borken eine Pflicht oder Serviceleistung darstelle. In seiner Heimatstadt Gronau sei der überwiegende Teil des kommunalen Winterdienstes eine freiwillige Leistung, zu der keine rechtliche Verpflichtung bestehe. Herr Sonntag entgegnet, dass der Kreis zum Winterdienst auf seinen Straßen streng genommen überhaupt nicht verpflichtet sei, gleichwohl gehöre es zu den Aufgaben eines Straßenbaulastträgers, Schaden von den Nutzern der Straße abzuwenden. Herr Schmeing ergänzt, dass nach dem Konzept des Kreisbetriebs das Streuen und Räumen von Kreisstraßen zum Kerngeschäft gehöre, lediglich der Winterdienst auf Radwegen stelle eine freiwillige Zusatzleistung dar, die bei Kapazitätsengpässen auch mal unterbleibe.

Herr Epping erklärt, dass er die vorgetragene Radwegebaumaßnahmen für sehr sinnvoll halte, doch erschließe sich ihm nicht der Zusammenhang mit der Prioritätenliste des Radverkehrskonzeptes 2003, da hier offensichtlich Maßnahmen vorgezogen worden seien, die nicht so hoch in der Priorität stünden. Herr Schmeing erläutert die Hintergründe der Radwegebaufinanzierung. Die Unterstützung durch Bundes- und Landesmittel sei bekanntermaßen drastisch zurückgefahren worden, so dass heute eher selten ein Radweg mit GVFG-Mitteln gefördert würde. Daher sei das kommunalfinanzierte Radwegebauprogramm für den Kreis Borken ins Leben gerufen worden. Wenn eine Gemeinde, deren Radweg auf der Liste weit oben stehe, nicht in der Lage sei, den 50%-Anteil bei der Finanzierung zu schultern, könne die Baumaßnahme trotz hoher Priorität nicht verwirklicht werden, andere, weniger prioritäre, aber von der jeweiligen Gemeinde finanzierbare Maßnahmen, rückten dann nach. Herr Sonntag bekräftigt, es sei natürlich das Ziel, möglichst an allen Kreisstraßen einen Radweg zu haben, doch ließen sich vereinzelt Bauvorhaben aus Kostengründen nicht realisieren. So gebe es Kreisstraßen, die durch ein Landschaftsschutzgebiet führten. Die Versiegelung weiterer Flächen durch einen Radweg hätte erhebliche Grunderwerbsausgaben für die vor-

gesehenen Ausgleichsflächen zur Folge und sei auf absehbare Zeit nicht finanzierbar. Die Prioritätenliste im Radverkehrskonzept 2003 sei von einem externen Gutachter gefertigt worden, der nur den verkehrlichen Stellenwert des Radweges analysiert habe, die Kostenseite sei nicht betrachtet worden.

Herr Ahold bittet um Erläuterung der unterschiedlichen Planausgaben der Baumaßnahme K 4 Ortsdurchfahrt Rhede. Es sei auffallend, dass für den Ausbau von einigen hundert Metern Ortsdurchfahrt, die zu 75 % vom Land finanziert würden, 2 Mio. Euro veranschlagt worden seien, für die zu 100 % aus Kreismitteln finanzierte Deckensanierung einiger Kilometer jedoch nur 650.000 Euro. Er stelle die Frage, ob bei fremdfinanzierten Maßnahmen ein anderer, eventuell höherer Standard angesetzt werde als bei kreiseigenen Bauvorhaben. Dies verneint Herr Schmeing und führt aus, der Standard sei von einer Bezuschussung unabhängig. Eine Deckensanierung, bei der lediglich die obere Verschleißschicht der Straße erneuert werde, sei aber weit günstiger als ein Straßenausbau in der Ortsdurchfahrt mit der Anlegung beidseitiger Geh- und Radwege und dreier Kreisverkehre, bei denen auch Grunderwerbsausgaben anfielen.

Zum Hochbauprogramm 2006 erkundigen sich Frau Söbbing-Krumkamp und Frau Lindenhahn nach der Finanzierung der Aufstockung des Berufskollegs Am Wasserturm. Dazu erklärt Herr Sonntag, dass bei den Bocholter Berufskollegs die besondere Situation vorliege, dass nach dem Übergang der Schulträgerschaft von der Stadt Bocholt zum Kreis Borken die Gebäude im Eigentum der Stadt verblieben seien und der Kreis einen jährlichen Rentenbarwert zum Ausgleich für Investitionen der Stadt Bocholt zahle. Unter diesen Voraussetzungen hätte der Ausbau an sich durch die Stadt Bocholt vorfinanziert und durch eine Erhöhung des Rentenbarwertes ausgeglichen werden müssen. Da dies bei der derzeitigen Haushaltssituation in Bocholt nicht durchgeführt werden können, sei die Finanzierung des Ausbaues vom Kreis übernommen worden. Dafür werde aber auch keine Erhöhung des Rentenbarwertes erfolgen.

Beschluss: 12 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 5 Enthaltungen

Dem Straßenbericht 2006 sowie dem Hochbauprogramm 2006 wird zugestimmt.

Punkt 4: Beratung des Haushaltsentwurfs 2006 für das Budget 12 - Straßen, Gebäude, Grünflächen
Vorlage: 0010/2006

Berichterstatter: Ltd. Kreisbaudirektor Hubert Grothues

Herr Grothues verweist einleitend auf die Ausführungen zu Tagesordnungspunkt 3, bei dem nicht unwesentliche Aspekte des zu verabschiedenden Budgets 12 bereits angesprochen worden seien.

Herr Epping begründet den Antrag Nr. 12-01 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Haushaltsentwurf 2006. Er habe sich mit der Thematik des Energiecontracting eingehend beschäftigt und sehe im Fall der Erneuerung der Heizungsanlage in der Sporthalle des Berufskollegs Gronau die Möglichkeit, durch Zusammenarbeit mit einem Contractor einerseits den Haushalt von Investitionsausgaben zu entlasten und andererseits nach Ablauf des Vertrages von Energieeinsparungen zu profitieren. Die Verwendung von regenerativen Energieträgern und nachwachsenden Rohstoffen müsse bei der Beschaffung neuer Heizsysteme

besondere Priorität genießen. Herr Sonntag stellt klar, dass der Kreis Borken bei Neu- oder Ersatzbeschaffungen von Heizanlagen grundsätzlich prüfe, ob alternative Energieträger zur Anwendung kommen könnten. So habe der Kreis als Bauherr des Informationszentrums im Tiergarten Raesfeld eine Erdwärmeheizung installieren lassen. Die beiden Blockheizkraftwerke am Berufskolleg Ahaus, deren Errichtung seinerzeit auch aus Umweltschutz- und Wirtschaftlichkeitsgründen erfolgt sei, hätten sich als äußerst unwirtschaftlich herausgestellt, da sie wegen des Schulbetriebs nicht kontinuierlich ausgelastet würden. Das zweite BHKW sei vom Kreis in Eigenregie errichtet worden, weil sich herausgestellt habe, dass das erste Kraftwerk, das durch die Stadtwerke Ahaus als Energiecontractor erstellt worden sei, die Heizleistung sehr unwirtschaftlich produziere. Er sehe das Energiecontracting auch nicht als ein Energieeinsparungsmodell, sondern als reine Finanzierungsmethode, um sich kurzfristig Investitionsausgaben, die man sich nicht leisten könne oder wolle, zu ersparen. In der jetzigen Situation des Kreises sei es aber immer günstiger, Investitionen selbst zu tätigen, auch wenn diese komplett kreditfinanziert werden müssten, da der Kreis als Kreditnehmer weit günstigere Konditionen bekomme als ein Privatunternehmen. Darüber hinaus profitiere man bei Eigeninvestitionen von Energieeinsparungen sofort und müsse nicht Teile der Einsparungen als Gewinnspanne beim Contractor abgeben. Da die Wirtschaftlichkeit der Gebäudebewirtschaftung zur Zeit von der Gemeindeprüfungsanstalt durchleuchtet werde, schlage er vor, deren Prüfbericht nach Abschluss der Prüfungen zu thematisieren.

Der Antrag Nr. 12-01 zum Haushalt 2006 wird zurückgestellt.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach dem Stand der Dinge beim geplanten Verkauf des Bauhofes Borken und der Verlagerung des Standortes auf das Gelände der Entsorgungsgesellschaft Westmünsterland in Gescher. Herr Kramer ergänzt, dass es an der Zeit sei, in der Sache Klarheit zu bekommen, weil die betroffenen Gemeinden (Gescher, Stadtlohn, Velen), die eine Zusammenlegung mehrerer kommunaler Bauhöfe am Standort Gescher in Betracht zögen, in den Startlöchern stünden. Das Deutsche Rote Kreuz in Borken sei schon lange als potenzieller Käufer im Gespräch. Er frage sich, ob das Projekt „Bauhof EGW“ gestorben sei, wenn das DRK nicht kaufe. Herr Grothues entgegnet, es sei noch alles im Fluss; die Verhandlungen mit dem DRK liefen weiter, doch solange der Verkauf des Bauhofes Borken nicht klar vollzogen sei, könne nicht an den Bau eines neuen interkommunalen Bauhofes gedacht werden. Letztlich könne das DRK nicht zum Kauf gezwungen werden.

Herr Weikamp regt an, wenn das Ziel der Zusammenlegung mehrerer kommunaler Bauhöfe nicht erreicht werden könne, müsse man die Ziele anders formulieren. Herr Sonntag gibt zu bedenken, dass die Betreuung eines Bauhofes kein Ziel der Produktgruppe Verkehrswegebewirtschaftung sei. Ziel sei vor allem, die Kreisstraßen zu unterhalten und die Unterhaltungskosten pro Straßenkilometer zu minimieren. Insofern sei der Bauhof nur Mittel zum Zweck. Dem Kreisbetrieb sei es gelungen, durch den Verkauf des Bauhofes Ahaus und die Reduzierung auf einen Bauhofstandort Synergieeffekte zu erzielen. Wenn weitere Rationalisierungseffekte erzielt werden sollten, dann wäre eine Kooperation mit anderen Kommunen denkbar. Dies setze aber den wirtschaftlichen Verkauf des Bauhofes Borken voraus.

Beschluss: 11 Ja-Stimmen
 0 Nein-Stimmen
 5 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2006, bezogen auf das Budget 12 – Straßen, Gebäude, Grünflächen - wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2006 zu verabschieden.

Punkt 5: Beratung des Haushaltsentwurfs 2006 für das Budget 07 - Verkehr
Vorlage: 0005/2006

Berichterstatter: Ludger Stienen

Vorsitzender Horstick äußert Unmut darüber, dass die Anträge der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen so kurzfristig eingegangen seien. Eine vorherige Abstimmung in den Fraktionen habe nicht mehr stattfinden können. Das Projekt Fietsenbus sei sehr positiv verlaufen. Ohne entsprechenden Deckungsvorschlag eine Summe von 100.000 Euro in den Haushalt einzustellen, sei ein falsches Signal.

Herr Stienen hält einen Ausbau des Netzes für den Fietsenbus für wünschenswert. Er weist darauf hin, dass zur Einrichtung weiterer Routen eine frühzeitige Planung notwendig sei. Zum jetzigen Zeitpunkt in die Planung für das Frühjahr einzusteigen sei nicht mehr möglich. Vielmehr müsse mit einer Vorlaufzeit von fünf bis sechs Monaten gerechnet werden. Außerdem sei zu bedenken, dass das Mitführen des Fahrradanhängers und die Ladevorgänge die Umlaufzeit der Linie 751 erheblich verlängerten. Vor einer Beschlussfassung müsse zudem die Abstimmung mit der WestfalenBus GmbH erfolgen.

Herr Schulte sieht das Projekt ebenfalls positiv. Er weist darauf hin, dass auch andere Städte und Gemeinden im Kreis Borken gern an das Netz angebunden würden. Sinnvoll sei, zunächst den Status quo beizubehalten. Ohne einen entsprechenden Deckungsvorschlag könne keine Entscheidung getroffen werden.

Herr Lensing gibt zu bedenken, dass die angedachte Maßnahme mit dem Kreis Coesfeld abzustimmen sei. Der Kreis Borken habe keine Kompetenz, über Linien im Kreis Coesfeld zu entscheiden. Das Projekt habe eine gute Resonanz gefunden und dürfe nicht durch fehlende Kooperation Schaden nehmen.

Herr Epping zieht den Antrag seiner Fraktion zurück. Er bittet, die Planungen für eine Ausdehnung des Routennetzes für den Fietsenbus weiterzuführen.

Zum zweiten Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen erläutert Herr Stienen, dass in den Jahren von 1999 bis 2002 älteren Verkehrsteilnehmern ÖPNV-Tickets zur Verfügung gestellt worden seien, wenn diese ihren Führerschein abgegeben hätten. In diesem Zeitraum hätten jährlich zwischen 7 und 19 Personen das Angebot genutzt. Der Personenkreis habe nicht dauerhaft an den öffentlichen Personennahverkehr gebunden werden können. Auch das Ziel, die Abgabe des Führerscheins bei älteren Verkehrsteilnehmern zu erwirken, habe nicht erreicht werden können. Statt dessen werde im Rahmen von Seniorenveranstaltungen auf die erhöhten Risiken des Fahrens im Alter, die auf den Abbau der Fahrfähigkeiten zurückzuführen seien, hingewiesen.

Herr Epping äußert, ihm sei nicht bekannt gewesen, dass eine derartige Aktion durchgeführt worden sei. Er bittet, den Antrag seiner Fraktion als gegenstandslos zu betrachten, weil das angestrebte Ziel nicht erreicht werden könne.

Herr Stienen gibt anhand von Folien einen Überblick über das Budget 07 - Verkehr.

Herr Twents weist auf die hohe Zahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten im Straßenverkehr hin. Die Verkehrssicherheit müsse verbessert werden.

Herr Dr. Paßlick erläutert, dass die Zahl der festgestellten Ordnungswidrigkeiten nicht gleichzusetzen sei mit der Anzahl der tatsächlich begangenen Verkehrsverstöße. Die Kennzahl sei vielmehr abhängig von der Intensität des polizeilichen Einsatzes und der kreiseigenen Geschwindigkeitsüberwachung. In diesem Zusammenhang weist er auf das Verkehrssicherheitskonzept hin. In Zusammenarbeit mit dem Ausschuss sei das auf verschiedenen Säulen beruhende Konzept immer wieder aktualisiert worden.

Auf die Frage von Frau Lindenhahn erläutert Herr Stienen, dass die Frage der Kostenerstattung für die Mitwirkung der Zulassungsbehörden an der Einziehung der Kfz-Steuer noch nicht abschließend durch das Land geregelt sei. Das Land habe in Aussicht gestellt, die Kosten für ca. 1,5 Stellen zu übernehmen. Aufgrund der anfallenden Mehrarbeit hätten sich die Bedienzeiten in der Zulassungsstelle seit Anfang November ungünstig entwickelt. In Kürze werde eine zusätzliche Stelle besetzt.

Frau Lindenhahn erkundigt sich nach der Auslastung des Verkehrssicherheitstrainingsplatzes. Herr Stienen führt aus, dass im letzten Jahr 76 Trainingstage von der Kreisverkehrswacht durchgeführt worden seien. Die Gebühren von 50 Euro könnten im Vergleich zu anderen gleichgelagerten Angeboten als sehr günstig angesehen werden. Neben Fahrsicherheitstrainingskursen der Kreisverkehrswacht werde der Platz durch die Polizei sowie Sicherheitsberater des Deutschen Verkehrssicherheitsrates (DVR) genutzt. Darüber hinaus seien auch Veranstaltungen wie Unfalldemonstrationen, Richterbesprechungen, Informationsveranstaltungen, Besprechung der Verkehrsfachberater der Bezirksregierung Münster und ein Oldtimerclubtreffen auf dem Verkehrssicherheitstrainingsplatz durchgeführt worden. Der Platz sei jedoch nicht für jede Veranstaltung geeignet. Bei der Auswahl des Platzes müssten daher die Lärmbelästigung und die zusätzliche Nutzung der Zufahrtswege durch an- und abfahrende Fahrzeuge sowie das Parkplatzangebot berücksichtigt werden. Aus diesen Gründen sei die Auslastung des Platzes begrenzt. Die Wochenenden seien bis September 2006 bereits ausgebucht.

Herr Stienen erläutert auf die Frage von Herrn Epping, dass der Kreis Borken mit der Kreisverkehrswacht einen Nutzungsvertrag geschlossen habe, auf dem Trainingsplatz Kurse nach der Richtlinie des DVR durchzuführen. Sofern andere Personen oder Gruppen den Verkehrssicherheitstrainingsplatz nutzten, würden die Einnahmen dem Kreis Borken zufließen.

Vorsitzender Horstick schlägt vor, Herrn Triphaus von der Kreisverkehrswacht zu einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Verkehr und Bauwesen einzuladen.

Beschluss: 10 Ja-Stimmen
 4 Enthaltungen

Dem Entwurf des Kreishaushaltes 2006, bezogen auf das Budget 07 - Verkehr, wird zugestimmt. Dem Kreistag wird insoweit empfohlen, den Haushalt 2006 zu verabschieden.

**Punkt 6: Stellungnahme zum Zweiten Nahverkehrsplan des Zweckverbands
 SPNV Münsterland (ZVM)
 Vorlage: 0008/2006**

Berichtersteller: Ludger Stienen

Frau Lindenhahn erläutert den Antrag der SPD-Fraktion. Ziel sei es, ein NRW-Ticket für alle Tarifgebiete anzubieten. Die Bediener- und Benutzerfreundlichkeit könne durch zusätzliche Informationen für die Nutzer verbessert werden. Die Anregungen sollten an den Zweckverband weitergeleitet werden.

Herr Dr. Paßlick führt aus, dass die Einführung eines NRW-Tickets mit gleichem Preis für das gesamte Tarifgebiet seinem Wunsch entspreche. Aufgrund der unterschiedlichen Kosten- und Nutzerstruktur in ländlichen und Ballungsräumen sei dies jedoch fast unmöglich. Die Anregung der SPD-Fraktion werde an den Zweckverband weitergeleitet.

Herr Epping verweist auf Nr. 4 der Anlage 1 zur Sitzungsvorlage. Die aufgeführten Anregungen seien von der Kreistagsfraktion von Bündnis 90/ Die Grünen eingebracht worden. Die Stadt Borken und die Gemeinde Heiden hätten sich diesem Vorschlag angeschlossen. Die Darstellung in der Sitzungsvorlage sei missverständlich.

Beschluss: einstimmig

Die Kreisverwaltung wird beauftragt, eine Stellungnahme zum Entwurf des Zweiten Nahverkehrsplans Schienenpersonennahverkehr des Zweckverbandes Münsterland mit den Anregungen laut Anlage 2 abzugeben.

Die Anregungen der Kommunen werden an den ZVM weitergeleitet.

**Entwurf des Zweiten Nahverkehrsplans Schienenpersonennahverkehr
des Zweckverbandes Münsterland
Antrag der SPD-Fraktion vom 12.01.2006
Vorlage: 0030/2006**

Folgende Anregungen der SPD-Fraktion zum Entwurf des zweiten Nahverkehrsplans Schienenpersonennahverkehr werden an die ZVM weitergeleitet.

1. Mittelfristig wird ein NRW-Ticket für alle Tarifgebiete angestrebt.
2. Die Bediener- und Benutzerfreundlichkeit ist zu verbessern. _

Punkt 7: Mitteilungen der Verwaltung

keine

Punkt 8: Anfragen

Frau Söbbing-Krumkamp weist auf Beschwerden im Ahauser Raum hin, nach denen die eingesetzten Busse nicht behindertengerecht ausgestattet seien. Herr Dr. Hamann erläutert, dass sowohl bei der Einrichtung der Haltestellen als auch bei der Auswahl der Busse die Behindertenfreundlichkeit geprüft werden müsse. Neu angeschaffte Busse würden nur dann gefördert, wenn diese mit entsprechender Technik (Niederflurbusse) ausgestattet seien. Auch bei der Einrichtung neuer Haltestellen würde auf die Belange behinderter Mitmenschen Rücksicht genommen. Bis zum Austausch aller Busse und dem Umbau der Haltestellen werde noch lange Zeit benötigt.

Herr Lensing verweist auf einen Artikel in der Borkener Zeitung. Danach seien im Zugverkehr zwischen Borken und Essen neue Wagen eingesetzt worden, die weniger Sitzplätze hätten. Herrn Dr. Hamann ist das Problem bekannt. Mit dem Zweckverband sei abgestimmt worden, dass neues Fahrzeugmaterial eingesetzt werden könne. Voraussetzung sei, dass die Kapazitäten beibehalten würden und der Fahrplan eingehalten werde. Der Zweckverband plane eine Antwort auf den Artikel. Darüber hinaus werde eine Hotline für betroffene Bahnkunden eingerichtet.

Vorsitzender Horstick schließt die Sitzung um 20:00 Uhr.

Horstick
Vorsitzender

Sobek Schwering
Schriftführer